

WP-1 Lebensgrundlagen erhalten

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 25.10.2021
Tagesordnungspunkt: 3. Programm zur Landtagswahl 2022

Antragstext

1 Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist die Aufgabe unserer Zeit.
2 Denn die Klimakrise und das Artensterben sind längst auch in Nordrhein-Westfalen
3 angekommen, sie finden direkt vor unserer Haustür statt. Wer Klima und Umwelt
4 schützt, schützt auch unsere Freiheit und die der nachfolgenden Generationen.

5 Wenn wir jetzt entschlossen handeln, können wir die schlimmsten Auswirkungen der
6 Klimakatastrophe und des Artensterbens noch abwenden. Dafür braucht die Klima-
7 und Umweltpolitik NRW einen echten Neustart.

8 Sehr viele Menschen in NRW sind schon längst weiter als die Landesregierung: Es
9 sind die vielen Millionen, die beispielsweise eine Solaranlage oder Teile davon
10 besitzen; all diejenigen, die Produkte aus der Region kaufen, verstärkt Rad, Bus
11 und Bahn benutzen und für einen starken Klimaschutz auf die Straße gehen. Sie
12 alle verdienen Unterstützung in ihrem Engagement durch einen von Bundes- und
13 Landespolitik gestalteten Rahmen, der eine klimaneutrale Gesellschaft
14 tatsächlich möglich macht.

15 Im Klimaschutz steckt eine riesige Chance für einen sozialen und ökologischen
16 Wandel, der das Leben in Nordrhein-Westfalen für alle verbessern wird. Ein
17 klimagerechter Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit, neue und zukunftsfähige
18 Arbeitsplätze, intakte Natur und eine höhere Lebensqualität in der Stadt und auf
19 dem Land sind unsere Leitplanken.

20 Dieser Wandel geht nur mit einer mutigen Politik, die Vorsorge und Verantwortung
21 endlich großschreibt und nicht im Reparatur-Modus verharret. Mit einem
22 Klimaschutz-Sofortprogramm schlagen wir jetzt die Pflöcke ein, um unser Land bis
23 2040 klimaneutral zu machen und auf den 1,5°C-Pfad des Pariser Klimaabkommens zu
24 kommen. Der Kohleausstieg bis 2030 gehört genauso zu unserem Plan wie ein
25 Industriepakt mit der Wirtschaft und einem Klimavorbehalt für alle
26 Landesgesetze. Mit Sonnenenergie von jedem geeigneten Dach und Rückenwind für
27 die Windenergie machen wir NRW zum Vorreiter bei den Erneuerbaren Energien. So
28 schaffen wir zehntausende sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze.

29 Wir machen das Unterwegssein im Land einfach, sicher, umweltfreundlich und für
30 alle bezahlbar. Gleichzeitig sorgen wir dafür, dass unsere Mobilität nicht
31 weiter das Klima aufheizt, lärmt und die Luft in unseren Städten verschmutzt.
32 Für Fahrräder und Fußgänger*innen gibt es mehr Platz. Dörfer und auch abgelegene
33 Regionen binden wir endlich an Bus, Bahn und vernetzte Mobilitätsangebote an.
34 Grüne Oasen in der Stadt spenden auch im Sommer Schatten und sorgen für frische
35 Luft. Und auch die Industrie wird durch den Umstieg auf erneuerbare Energien und
36 konsequente Kreislaufwirtschaft leiser, sauberer und effizienter. Von Dürre und
37 Borkenkäfern gezeichnete Wälder ergrünen wieder als widerstandsfähige und
38 klimaangepasste Mischwälder. Mehr Platz für Tiere in den Ställen sorgt für mehr
39 Tierwohl, besseren Klimaschutz und gesündere Nahrungsmittel. Die Landwirte
40 erhalten faire Preise für ihre Produkte und einen Ausgleich für die Leistungen,
41 die sie für Umwelt- und Klimaschutz und damit für uns alle erbringen. Wir geben

42 der Natur wieder mehr Raum, holen die Schmetterlinge zurück in unsere Gärten und
43 Parks und die Bienen wieder zurück auf die Felder. Zu diesem Zweck setzen wir
44 die Forderungen der Volksinitiative Artenschutz um und reduzieren den
45 Flächenverbrauch ebenso wie den Pestizideinsatz.

46 **Wir schützen das Klima**

47 **Sofortprogramm für mehr Klimaschutz in NRW**

48 Nordrhein-Westfalen kann auf den 1,5-Grad-Pfad kommen und bis 2040 klimaneutral
49 werden. Dafür leiten wir die wichtigsten Maßnahmen mit einem Klimaschutz-
50 Sofortprogramm ein. Wir nutzen alle Möglichkeiten, die wir auf Landesebene
51 haben, um den Ausbau der Erneuerbaren zu beschleunigen und stellen den
52 Kohleausstieg bis 2030 sicher. Wir legen ein Klimaschutzgesetz vor, das hält,
53 was es verspricht. Mit klar definierten jährlichen Zielen für jeden Sektor und
54 verpflichtenden Plänen, wie sie erreicht werden sollen. Ein Klima-
55 Sachverständigenrat überwacht die Erreichung der Ziele. Kommunen statten wir mit
56 mehr Geld und Personal für Klimaschutz und den Schutz vor Klimawandelfolgen aus.
57 Kommunale Planungen und Konzepte zu Klimaschutz und Klimaanpassung sind für uns
58 Teil der Daseinsvorsorge. Mit klaren Regeln und Zielen schaffen wir Planungs-
59 und Investitionssicherheit für die Unternehmen im Land. Industrieunternehmen
60 geben wir mit einem Industriepakt gezielt Unterstützung für Investitionen in
61 klimaneutrale Prozesse. Damit ergänzen wir auch die Instrumente, die umgehend
62 auf Bundesebene auf den Weg gebracht werden müssen: eine höhere CO₂-Bepreisung,
63 Klimaverträge und steuerliche Anreize für Investitionen in Klimaneutralität.
64 Beim Verkehr senken wir die Emissionen mit einem ambitionierten Fahrradgesetz,
65 einem Klima-Check für Straßenbauvorhaben und mehr Unterstützung für den Ausbau
66 von Bus und Bahn. Haushalte mit geringen Einkommen wollen wir mit höheren
67 Förderquoten in Landesförderprogrammen besonders unterstützen.

68 **Klima-Check für alle Landesgesetze und für Förderprogramme**

69 Wir werden einen Klimavorbehalt für neue Gesetze einführen. Schon jetzt fordert
70 das Klimaschutzgesetz, dass neue Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften
71 den Zielen des Klimaschutzgesetzes nicht entgegenstehen dürfen. Diese Regelung
72 werden wir auf Gesetze ausdehnen und konkreter machen: Für jedes Gesetz wird
73 berechnet, wie viel Treibhausgase entstehen oder vermieden werden und wie sich
74 das mit den Klimazielen vereinbaren lässt. Gleiches gilt für eine Abschätzung
75 der sozialen Auswirkungen. Wir haben hierbei aus Fehlern der Vergangenheit
76 gelernt und werden keine Bürokratiemonster, sondern intelligente, rasch
77 umsetzbare Verfahren auflegen. Einen vergleichbaren Klima-Check werden wir für
78 die Förderprogramme des Landes einführen. Landesgeld darf nicht die Klimakrise
79 anheizen.

80 **Klimaanpassung: NRW vor der Klimakrise schützen**

81 Schon heute ist es in unserem Land 1,5 Grad wärmer als zu Beginn des letzten
82 Jahrhunderts und auch wenn es uns gelingt, die Klimaschutzbemühungen deutlich zu
83 erhöhen, wird es zu einem weiteren Anstieg kommen. Besonders in ländlichen
84 Gebieten steigt die Gefahr von Waldbränden. Land, Städte und Gemeinden in

85 Nordrhein-Westfalen müssen sich noch besser an die unvermeidbaren Folgen der
86 Klimakrise anpassen, die etwa durch Hitze, Dürren, Stürme und Starkregen
87 entstehen. Um unsere Städte im Sommer zu kühlen, werden wir offene Wasserflächen
88 und mehr Grün in die Städte bringen und auf Plätzen, Dächern und Fassaden und
89 über Frischluftschneisen für Abkühlung sorgen. Bei Starkregen kommt jede
90 Kanalisation an ihre Grenzen, daher ist der Umbau anhand des Leitbilds der
91 „Schwammstadt“ so wichtig. So können die Städte mehr Wasser aufnehmen, speichern
92 und im Sommer kühlend wirken. Flächenfraß und Versiegelung werden wir mit
93 intelligenter Stadtplanung Einhalt gebieten. Für diese Aufgaben brauchen die
94 Kommunen mehr Unterstützung von Land und Bund. Wir werden die Landesförderungen
95 beispielsweise für die Erstellung von Klimaanpassungskonzepten oder die
96 Fassadenbegrünung ausweiten. Auch bei der Klimaanpassung gilt: Keine
97 Landesmittel mehr ohne vorherigen Klima-Check. Flächen, die für die
98 Klimaanpassung wichtig sind, wollen wir effektiver vor Bebauung oder anderer
99 Versiegelung schützen.

100 Erneuerbare Energien gemeinsam ausbauen: schnell,
101 naturverträglich, fair

102 Nur mit Strom aus erneuerbaren Quellen bekommen wir die Klimakrise in den Griff.
103 Deswegen stellen wir den Ausbau von Windenergie und Solaranlagen ins Zentrum.
104 Der Großteil der Treibhausgasemissionen stammt aus der Verbrennung von Kohle, Öl
105 und Gas. Da wir darauf nicht mehr angewiesen sein wollen, brauchen wir sehr
106 schnell viel mehr Strom aus Wind und Sonne. Dies gilt auch, wenn konsequent alle
107 Möglichkeiten für mehr Energieeffizienz genutzt werden. Unser Ziel ist, bis 2035
108 die Stromversorgung von Nordrhein-Westfalen zu 100 Prozent auf Erneuerbare
109 umzustellen. Deswegen werden wir umgehend eine echte Ausbauoffensive für
110 Windenergie und Photovoltaik auf den Weg bringen. Als Teil dessen werden wir
111 Mindestabstände für neue Windenergieanlagen abschaffen und jährliche Mindest-
112 Ausbaupfade für Windkraft und Solar festlegen. Denn von einer sicheren
113 Energieversorgung auf Basis Erneuerbarer Energien hängt nicht nur erfolgreicher
114 Klimaschutz ab, sondern auch die Zukunft unseres Industriestandortes. Die
115 Ausbauhemmnisse auf Landesebene werden wir beispielsweise durch Änderungen in
116 der Landesplanung, dem Klimaschutzgesetz oder der Landesbauordnung aus dem Weg
117 räumen. Daneben werden wir mit einer stärkeren Bündelung auf Landes- und
118 Regionalplanebene die Planungen für die Erneuerbaren Energien beschleunigen und
119 die überörtliche Steuerung im Sinne des Arten- und Naturschutzes verbessern.
120 Arten- und Naturschutz zu sichern, Fairness und Teilhabe für Bürger*innen auf
121 Augenhöhe und eine Beschleunigung der Planungsverfahren gehört für uns beim
122 Ausbau der Erneuerbaren zusammen.

123 Digitalisierung für den Klimaschutz nutzen

124 Klimaschutz und Digitalisierung sind eng miteinander verwoben und werden unser
125 Land grundlegend verändern. Nur mit digitalen Mitteln werden wir unsere
126 Gesellschaft klimaneutral umbauen können. Mit künstlicher Intelligenz und
127 digitaler Steuerung von den Übertragungsnetzen bis in jedes Gebäude bleibt das
128 erneuerbare Energiesystem stabil – auch wenn Millionen E-Autos geladen werden
129 und Wärmepumpen unsere Häuser heizen. In der Industrie sind mit stärkerer
130 Digitalisierung noch immer enorme Effizienzgewinne möglich. Gleichzeitig muss
131 die Digitalisierung konsequent an Klimaneutralität und Nachhaltigkeit

132 ausgerichtet werden, damit sie nicht zum Brandbeschleuniger der Klimakrise wird.
133 Wir wollen verhindern, dass Effizienzgewinne durch den überbordenden
134 Datenverbrauch fragwürdiger Anwendungen aufgeessen werden. Mit einer
135 ambitionierten Green-IT-Strategie machen wir daher die öffentliche Verwaltung
136 zum Vorreiter bei der Nutzung von Green IT und klimaneutralen Rechenzentren. Wir
137 werden uns dafür einsetzen, dass der Ausbau des schnellen Internets ab sofort
138 allein mit Glasfaser und 5G erfolgt. Dadurch können wir Energieeinsparungen
139 gegenüber bisherigen Netzen nutzen.

140 Den Jobmotor Klimaschutz zum Laufen bringen

141 Der Wandel unserer Gesellschaft in Richtung Klimaneutralität bedeutet ein nie
142 dagewesenes Modernisierungsprogramm. Es sichert bestehende Arbeitsplätze und
143 schafft viele neue. Das Erreichen von Klimaneutralität spielt für unsere
144 Unternehmen und Nordrhein-Westfalen als Standort eine immer größere Rolle im
145 weltweiten Wettbewerb. Im Bereich Erneuerbarer Energien, aber auch in der
146 Bauwirtschaft, der Kreislaufwirtschaft oder der Industrie werden durch die
147 notwendigen Investitionen in Milliardenhöhe hunderttausende neue Arbeitsplätze
148 entstehen. Indem wir Landesfördermittel mit einem Klima-Check klar an einen
149 Nutzen für den Klimaschutz binden, unterstützen wir den Aufbau zukunftsfähiger
150 Wirtschaftsstrukturen und Arbeitsplätze. Schon jetzt arbeiten fast 500.000
151 Menschen in unserem Land in grünen Jobs. Diese zukunftsfähigen Jobs müssen aber
152 auch nachhaltig im Sinne fairer und sicherer Arbeitsbedingungen sein. Wo das
153 Land Einfluss darauf nehmen kann, z.B. bei der Vergabe von Fördermitteln, werden
154 wir tarifvertraglich gesicherte oder mindestens vergleichbare Bedingungen
155 einfordern. In einzelnen Branchen wie der fossilen Energiewirtschaft werden
156 Arbeitsplätze wegfallen. Uns ist sehr bewusst, dass der Verlust der Arbeit einen
157 enormen Einschnitt in jede einzelne Biografie bedeutet. Wir lassen aber
158 niemanden damit allein, sondern werden diese Menschen durch Instrumente wie das
159 Qualifizierungs-Kurzarbeitergeld dabei unterstützen, sich für zukunftsfähige
160 Arbeitsfelder fit zu machen.

161 **Wir geben NRW neue Energie – grün, sicher und** 162 **dezentral**

163 Kohleausstieg auf 2030 vorziehen

164 Ein Kohleausstieg erst 2038 passt mit den Klimazielen nicht zusammen. Wir gehen
165 voran und setzen mit einer neuen Leitentscheidung den Rahmen für ein Ende des
166 Braunkohleabbaus bis 2030. Wir stellen hierbei Menschen und Klimaschutz ins
167 Zentrum, damit alle Dörfer bleiben. Mit einem Abrissmoratorium werden wir eine
168 weitere sinnlose Zerstörung von Infrastruktur und Heimat verhindern. Auch die in
169 der Kohleindustrie Beschäftigten verdienen ehrliche Ausstiegsplanungen im
170 Einklang mit den klimapolitischen Notwendigkeiten. Nur so kann eine verlässliche
171 Planung gewährleistet und können kurzfristige Einschnitte vermieden werden.

172 Die Industrie in unserem Land ist auf eine gleichbleibend hohe
173 Versorgungssicherheit angewiesen. Deswegen gehört zum Kohleausstieg untrennbar
174 der Ausbau der Erneuerbaren Energien, ganz besonders in NRW. Daneben werden wir

175 uns auch für eine Beschleunigung des Netzausbaus einsetzen, damit der Windstrom
176 aus dem Norden auch zu uns kommt.

177 Wir werden sicherstellen, dass sich RWE auch bei einem vorgezogenen
178 Kohleausstieg nicht aus der Verantwortung für eine ordnungsgemäße Rekultivierung
179 und die Ewigkeitskosten des Braunkohleabbaus stellen kann. Die Planungen für die
180 Versorgung der Feuchtgebiete und die Befüllung der Tagebau-Rest-Seen mit Wasser
181 aus dem Rhein müssen umgehend vor dem Hintergrund des Klimawandels überprüft und
182 an einen früheren Ausstieg angepasst werden. Statt unnötige Autobahnen
183 wiederherzustellen, muss RWE das Geld in eine ökologisch hochwertige
184 Renaturierung investieren. Den Hambacher Wald werden wir in öffentlichen Besitz
185 überführen, schützen und in einen Ökosystemverbund einbetten, in dem er seine
186 Funktion als Rückzugsgebiet für seltene Arten wieder übernehmen kann.

187 Sonnenenergie von jedem Dach

188 Gerade im dicht besiedelten Nordrhein-Westfalen bieten die Dachflächen ein
189 enormes Potenzial für die Energiewende. Etwa die Hälfte des heutigen
190 Stromverbrauchs könnte dort erzeugt werden, wenn wir den Turbo für die
191 Solarenergie zünden. Mit Solarenergie kommt die Energiewende in die Dörfer und
192 Städte. Wir wollen, dass Solaranlagen zum Standard auf unseren Dächern werden.
193 Dafür brauchen wir faire Rahmenbedingungen auf Bundesebene und deutlich weniger
194 Bürokratie. Dazu gehören auch Erleichterungen beim Denkmalschutz. Um auch
195 Mehrfamilienhäuser endlich flächendeckend für die Solarenergie zu nutzen, werden
196 wir Mieterstromprojekte besonders unterstützen. Wir werden die öffentlichen
197 Gebäude von Land und Kommunen zu Klima-Vorbildern machen und so schnell wie
198 möglich alle geeigneten Dachflächen vollständig nutzen. Auch auf Gewerbegebäuden
199 und Neubauten werden Solaranlagen mit uns schnell zum Standard. Perspektivisch
200 muss jedes geeignete Dach eine Solaranlage zieren. Pachtmodelle können hier
201 unterstützend wirken, denn nicht jede*r möchte oder kann selbst in eine Anlage
202 investieren.

203 Solarparks säumen unser Autobahnnetz

204 Auch wenn wir auf jedem Dach Strom erzeugen: Wir brauchen auch den Strom und
205 zunehmend auch die Wärme aus Freiflächensolaranlagen, um auf Kohle, Öl und
206 Erdgas verzichten zu können. Auch hier nutzen wir die Standortvorteile von NRW
207 und werden vor allem entlang des dichten Netzes der Autobahnen und Bahntrassen
208 Flächen freigeben, genauso wie bereits versiegelte Flächen wie Parkplätze,
209 Halden und Deponien. So vermeiden wir Flächenkonkurrenzen mit Landwirtschaft und
210 Naturschutz. Das gilt noch mehr für Agri-Photovoltaikanlagen, bei denen die
211 Stromproduktion mit Landwirtschaft oder Gartenbau auf der gleichen Fläche
212 kombiniert wird. Die ersten Projekte werden wir wissenschaftlich begleiten, um
213 Vor- und Nachteile, Potenziale und Hemmnisse ermitteln zu können. Wir wollen mit
214 einem Solarenergie-Erlass unsere Vorstellungen für Kommunen und Planer*innen
215 erläutern und mit klaren Vorgaben sicherstellen, dass die Anlagen Vorteile für
216 Artenschutz und Biodiversität bringen. Wie bei der Windenergie wollen wir die
217 Menschen und die Standort-Kommunen im Umfeld der Projekte frühzeitig einbeziehen
218 und fair beteiligen.

219 Wieder Rückenwind für die Windenergie

220 Nach Jahren der Verunsicherung und des Gegenwinds geben wir der wichtigsten
221 Erneuerbaren Energie wieder Rückenwind. Denn die Windenergie ist zusammen mit
222 der Photovoltaik das Fundament für Energiewende und Klimaschutz. Wir werden die
223 Grundlagen dafür legen, dass jedes Jahr mindestens 200 neue Anlagen gebaut
224 werden können. Damit das gelingt, müssen etwa zwei Prozent der Landesfläche für
225 die Windenergie gesichert werden. Feste Mindestabstände zur Wohnbebauung passen
226 damit nicht zusammen. Wir werden sie daher wieder abschaffen. Außerhalb
227 besonders schutzwürdiger Wälder werden wir die Windenergie wieder einfacher
228 zulassen. Auch werden wir den Bau von Windenergieanlagen in Industrie- und
229 Gewerbegebieten erleichtern. Außerdem werden wir Änderungen auf Bundesebene
230 erwirken, damit ausreichend Flächen für neue Anlagen bereitstehen. Genauso
231 müssen die Abgaben und Umlagen auf Strom und Wärme geändert werden. Wenn mehr
232 als genug Wind weht und die Sonne scheint, muss es sich lohnen den Strom zu
233 speichern, statt die Anlagen runterzufahren.

234 Wir werden die Planungs- und Genehmigungsverfahren durch operative
235 Verbesserungen und einheitliche Bewertungsmaßstäbe beschleunigen. Wir werden den
236 Artenschutz auch bei dem notwendigen schnelleren Ausbau weiter stärken, indem
237 Dichtezentren windenergie-sensibler Arten freigehalten werden. Im Gegenzug
238 werden Anlagen in anderen Bereichen einfacher realisiert werden können. Mit
239 einem umfangreichen Schutzprogramm helfen wir Vögeln und Fledermäusen.
240 Repowering wollen wir erleichtern, so dass alte Windenergieanlagen dort, wo es
241 keine Artenschutzbedenken gibt, zügig durch leistungsstärkere in der Nähe
242 ersetzt werden können. Denn diese Standorte sind etabliert und in der Regel
243 breit akzeptiert.

244 Power to the People: Bürger*innen an der Energiewende 245 beteiligen

246 Die Energiewende wurde viele Jahre lang maßgeblich von Bürger*innen
247 vorangetrieben. Mit uns Grünen bekommt die Demokratisierung der
248 Energieversorgung neuen Schwung. So profitieren möglichst viele Menschen von
249 günstiger Energie. Bürger*innen-Projekte bei Wind- und Solarparks unterstützen
250 wir bei der Projektentwicklung mit einem neuen Bürgerenergiefonds. Mit einem
251 Siegel für Faire Windenergie schaffen wir Transparenz und Vertrauen. Wir setzen
252 das Landesförderprogramm für Mieterstrom neu auf. In der Bundespolitik machen
253 wir uns für attraktiven Mieterstrom stark. Denn gerade in unserem Bundesland mit
254 vielen Mehrfamilienhäusern können Mieter*innen noch viel stärker am Ausbau der
255 Erneuerbaren profitieren.

256 Tempo machen bei Heizungstausch und Gebäudesanierung

257 Es ist das heiße Eisen beim Klimaschutz: In zwanzig Jahren Millionen Gebäude –
258 vom Einfamilienhaus auf dem Land bis zum Büroturm in der Innenstadt –
259 klimaneutral und energieeffizient zu heizen. An der Technik scheitert es nicht.
260 Mit Wärmepumpen, Solarthermie, Kraft-Wärme-Kopplung oder Fernwärme ist es
261 möglich. Doch das Tempo, in dem jetzt gerade alte Heizungen ausgetauscht und
262 Häuser gedämmt werden, reicht nicht aus. Wir verdreifachen die Sanierungsrate.
263 Damit Land und Kommunen mit gutem Beispiel vorangehen, werden wir bis 2030 alle

264 Landesliegenschaften energetisch sanieren und setzen ambitionierte Standards für
265 öffentliche Neubauten. Nur so ist das gesetzliche Ziel einer klimaneutralen
266 Landesverwaltung 2030 noch zu schaffen.

267 Wir helfen den Kommunen bei der Erstellung kommunaler Wärmeplanungen. Dadurch
268 wird klar, wo Nah- und Fernwärmenetze ausgebaut werden können und wo auch in
269 Zukunft jedes Gebäude einzeln beheizt werden muss. Wir vereinfachen die
270 Förderprogramme des Landes, machen sie attraktiver und richten sie auf solche
271 Maßnahmen aus, die mit dem Ziel der Klimaneutralität in Einklang stehen. Dafür
272 setzen wir uns auf Bundesebene für höhere Energieeffizienzstandards ein, auch
273 für den Bestand. Beim Heizungstausch geben wir auch im Bestand eine Mindestquote
274 für Erneuerbare Energien vor.

275 Wir stocken die Angebote zur Energieberatung der Verbraucherzentrale auf und
276 machen sie kostenfrei. Darüber hinaus unterstützen wir die Kreise und
277 kreisfreien Städte dabei, Sanierungsmanager*innen einzustellen und
278 Energiekompetenzzentren aufzubauen. Dort sollen die Bürger*innen sich zu
279 Energiewende und Klimaschutz beraten lassen können, Vorträge und Schulungen
280 stattfinden und Technik unmittelbar erlebbar werden.

281 Fair geht mehr bei der Wärmewende

282 Ein warmes Zuhause geht auch ohne CO₂-Emissionen und hohe Heizkostenrechnung.

283 Die technischen Lösungen dafür sind längst da. Wir wollen, dass es bei der
284 Wärmewende fair zugeht. Die kontinuierlich steigende CO₂-Steuer sorgt für

285 ehrlichere Preise. Wir setzen uns beim Bund dafür ein, dass die Einnahmen aus
286 dieser Steuer an die Menschen rückverteilt werden. Dadurch haben insbesondere
287 Haushalte mit geringerem Einkommen am Ende des Jahres einen finanziellen
288 Vorteil. Werden Mehrfamilienhäuser energetisch saniert, geht dies noch zu oft zu
289 Lasten der Mieter*innen, da die Aufschläge auf die Miete häufig höher sind als
290 die Einsparungen der Energiekosten. Auf Bundesebene wollen wir deshalb die
291 Kosten fair zwischen den Vermietenden, den Mietenden und dem Staat aufteilen.
292 Auf Landesebene wollen wir in den Förderprogrammen des Landes eine
293 Sozialkomponente mit höheren Förderquoten für Haushalte mit niedrigem Einkommen
294 einführen. Viele Menschen können sich eine aufwendige energetische Sanierung
295 ihres Hauses mit den aktuellen Förderungen nicht leisten. Diese müssen auch
296 mithilfe von Landesmitteln weiter verbessert werden. Zudem müssen die Prozesse
297 bei der Nutzung der Landesförderprogramme vereinfacht und weiter digitalisiert
298 werden.

299 Erdgas nur wohldosiert für den Übergang nutzen

300 Die Rolle von Erdgas als Brückentechnologie in der Energiewende wird
301 überschätzt. Denn Erdgas hat gegenüber Kohle kaum Klimavorteile, wenn Leckagen
302 bei Förderung und Transport berücksichtigt werden. Zudem binden uns neue
303 Kraftwerke und Pipelines wegen der hohen Baukosten für mehrere Jahrzehnte daran.
304 Daher werden wir dafür sorgen, dass neue Gaskraftwerke nur dort gebaut werden,
305 wo sie wirklich für den Übergang gebraucht werden und mit den Klimazielen
306 vereinbar sind. Das wird vor allem als Ersatz für Kohlekraftwerke in
307 Fernwärmenetzen sein, wo Erneuerbare und Abwärmequellen auf Basis von kommunalen
308 Wärmeplanungen noch nicht ausreichend verfügbar sind. Grundvoraussetzung ist,

309 dass sie in Zukunft auch mit Wasserstoff oder anderen klimaneutralen Gasen
310 betrieben werden können und die Einbindung erneuerbarer Wärme nicht behindern.
311 Neue Pipelines werden wir nur genehmigen, wenn sie auch erneuerbare Gase wie
312 grünen Wasserstoff transportieren können.

313 Biogas als klimaneutrale Alternative zu Erdgas werden wir nachhaltiger machen.
314 Dazu unterstützen wir die Betreiber dabei, auf Gülle und andere Reststoffe
315 umzustellen. So können wieder mehr landwirtschaftliche Flächen für die
316 Produktion von gesunden und regionalen Nahrungsmitteln genutzt werden.

317 Eine weitere Alternative zu Erdgas ist die Geothermie. Wir werden Wärmepumpen
318 weiter fördern, die Wärme schon aus wenigen Metern Tiefe für die Beheizung von
319 Gebäuden nutzen. Um aus Erdwärme Strom zu produzieren, muss man in Nordrhein-
320 Westfalen mehr als tausend Meter tiefbohren. Wir werden die ersten
321 Forschungsprojekte dazu unterstützen und dabei sicherstellen, dass keine
322 Fracking-Verfahren oder andere wassergefährdende Technologien eingesetzt werden.

323 **Atomausstieg vollenden – Urananreicherungsanlage Gronau**
324 **schließen**

325 Auch wenn in Nordrhein-Westfalen seit 20 Jahren kein Atomkraftwerk mehr am Netz
326 ist: Der Atomausstieg ist hier noch lange nicht vollendet. Unser Ziel ist es,
327 die Urananreicherungsanlage in Gronau schnellstmöglich zu schließen. Auf
328 Bundesebene setzen wir uns zudem dafür ein, dass das Exportverbot im Atomgesetz
329 auch für die Reststoffe aus der Urananreicherung in Gronau gilt.

330 Bei der deutschlandweiten Suche nach einem Endlager für den hochradioaktiven
331 Abfall bekennen wir uns zum verabredeten Verfahren der Standortsuche. Für die
332 Zwischenlagerung, wie z.B. in Ahaus, braucht es ein unter Beteiligung aller
333 Betroffenen erarbeitetes Gesamtkonzept für ganz Deutschland mit einheitlichen
334 Sicherheitsanforderungen. Wir ergreifen die Initiative für ein Abschalten
335 grenznaher Atomkraftwerke in unseren Nachbarländern und schöpfen alle
336 Einspruchsmöglichkeiten aus. Die Standortentscheidung für das geplante
337 Logistikzentrum für Atommüll in Würgassen erscheint nicht erst nach der
338 Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 fragwürdig. Wir werden die Notwendigkeit und
339 die Standortauswahl kritisch prüfen. Der Schutz der Bevölkerung muss oberste
340 Priorität haben.

341 **Wir sorgen für saubere und bezahlbare Mobilität**
342 **– Verkehrspolitik für das 21. Jahrhundert**

343 **Garantiert mobil in ganz NRW – mit einem Ticket fürs ganze**
344 **Land**

345 Bisher werden in Nordrhein-Westfalen lediglich 8,5 Prozent der Wege mit Bus und
346 Bahn zurückgelegt – da ist noch viel Luft nach oben. Wir machen
347 umweltfreundliche Mobilität für alle attraktiv und bezahlbar. Wir streben eine
348 Mobilitätsgarantie an, mit der alle Menschen im Land von 5:30 Uhr bis 22.30 Uhr
349 mindestens im Stundentakt mit einer verlässlichen Verbindung vorankommen – in
350 Großstädten mindestens halbstündlich von 4.30 bis 23.30. Die Angebote werden
351 vertaktet, auf andere Busse und die Bahn abgestimmt, so dass der Umstieg überall

352 attraktiv wird. Flexible Bedienkonzepte via App und traditionelle Ruf- oder
353 überörtliche Bürgerbusse sind gute begleitende Angebote dort, wo ein gut
354 getakteter Busverkehr im Regelbetrieb kaum genutzt wird. Wir beenden das
355 Tarifchaos und führen in den nächsten zehn Jahren schrittweise ein solidarisch
356 finanziertes Bürger*innenticket für ganz NRW ein. Den Anfang macht das
357 kostenlose Ticket für Schüler*innen und junge Menschen bis 18 Jahre. Wir senken
358 den Preis für das landesweite Azubiticket und bauen soziale Angebote aus. Städte
359 und Kreise, die schneller vorangehen wollen, unterstützen wir aktiv in ihren
360 Modellprojekten. Auch bei der Preisentwicklung des Semestertickets wollen wir
361 sicherstellen, dass es für Studierende gut bezahlbar wird. Das Jobticket machen
362 wir schrittweise zur Pflicht für öffentliche Arbeitgeber*innen.

363 Wir bauen das Verkehrsnetz für das 21. Jahrhundert

364 Unsere Verkehrswege stammen im Wesentlichen aus vergangenen Jahrhunderten. Sie
365 dienen zu großen Teilen dem motorisierten Verkehr und überlassen andere
366 Verkehrsteilnehmer*innen oftmals sich selbst. Grüne Verkehrspolitik stellt
367 demgegenüber Klimaschutz und Lebensqualität endlich in den Mittelpunkt. Wir
368 werden Bahnstrecken reaktivieren oder ausbauen und Lücken oder Nadelöhre
369 beseitigen. Stilllegungen und Entwidmungen von Bahnstrecken soll es nicht mehr
370 geben. Damit das klappt, verdoppeln wir die pro-Kopf-Investitionen in Bus, Bahn,
371 Schiene und Stationen. Städte und Kreise verpflichten und unterstützen wir,
372 selbst verkehrsträgerübergreifend in moderne Verkehrswege zu investieren. Die
373 drei Zweckverbände NWL, NVR und VRR stehen für einen Großteil der anstehenden
374 Aufgaben bereit und sind gut darauf vorbereitet. Wir wollen sie bei ihrer
375 Entwicklung vom Verkehrsverbund zum Mobilitätsverbund unterstützen und prüfen,
376 ob wichtige neue Infrastruktur zukünftig von einer Landesverkehrsgesellschaft
377 geplant und unterhalten wird. Für uns Grüne hat dabei der effektive Schutz vor
378 Lärm und Schadstoffen Priorität. Darum wollen wir die Elektrifizierung heutiger
379 Dieselstrecken bis 2030 abschließen. Straßenbauprojekte werden wir auf den
380 Prüfstand stellen und Gelder, z.B. für unzeitgemäße Autobahnen oder
381 Umgehungsstraßen, zugunsten der Sanierung maroder Straßen und des Ausbaus von
382 Schienen- und Radwegen umschichten.

383 Mit dem Bus direkt und abgasfrei ans Ziel

384 Um die Verkehrswende in Stadt und Land schnell voranzubringen, werden wir in ein
385 leistungsstarkes und emissionsfreies Busangebot im ganzen Land investieren. Bis
386 2025 werden wir 50 regionale Schnellbuslinien schaffen und so für
387 alltagstaugliche, verlässliche Land-Stadt-Verbindungen und – wo entsprechende
388 Angebote fehlen – auch zwischen den verschiedenen Ballungsräumen sorgen. Um auch
389 zu Stoßzeiten schnelle Verbindungen zu gewährleisten, werden wir dem Vorbild
390 anderer Länder folgen und Autobahnstandstreifen für Linienbusse öffnen. Die
391 Beschaffung von emissionsfreien Bussen werden wir durch attraktive
392 Förderbedingungen für die Kommunen und Verkehrsbetriebe vorantreiben, bei der
393 Neuaufstellung oder Fortschreibung örtlicher Nahverkehrspläne wird die
394 Festschreibung klimafreundlicher Antriebe in Zukunft zur Pflicht.

395 Sicher, schnell und barrierearm mit dem Fahrrad durch NRW

396 Seit einigen Jahren erfreut sich das Radfahren stark steigender Beliebtheit.
397 Bereits rund acht Prozent der Wege werden mit dem Rad zurückgelegt. Bewegungen
398 wie die Volksinitiative Aufbruch FahrradNRW fordern, das Fahrrad endlich als
399 vollwertiges Verkehrsmittel anzuerkennen und den Radverkehr entsprechend zu
400 fördern. Für uns Grüne ist der Radverkehr ein zentraler Baustein zur Erreichung
401 unserer Klimaschutzziele. Mit einem neuen, besseren Radverkehrsgesetz werden wir
402 Grüne die Grundlagen dafür schaffen, dass der Anteil des Radverkehrs zukünftig
403 auf 25 Prozent wächst. Unsere Investitionsoffensive werden wir dazu nutzen, ein
404 landesweites Radwegenetz aus Radschnellwegen und Radvorrangrouten zu entwickeln
405 und unsere Kommunen finanziell bei der Umsetzung eigener Radverkehrskonzepte zu
406 unterstützen. Wir bauen Jobrad-Modelle im öffentlichen Dienst konsequent aus und
407 sorgen dafür, dass Fahrräder auch in Bussen und Bahnen bequem und gratis
408 mitgenommen werden können. Straßenbau- und -sanierungsmaßnahmen ohne
409 Zusatznutzen für einen sicheren und besseren Radverkehr wird es mit den Grünen
410 in Nordrhein-Westfalen nicht mehr geben.

411 Autos der Zukunft: Individuell. Elektrisch. Mobil.

412 Stau, Lärm, Abgase, andauernde Parkplatzsuche und steigende Kosten – Autofahren
413 ist gerade in unseren Großstädten für immer mehr Menschen nicht mehr die erste
414 Wahl. Andererseits sind gerade Familien im ländlichen Raum, aber auch
415 Unternehmen und andere Einrichtungen nach wie vor auf den eigenen Wagen
416 angewiesen. Wir setzen deshalb auf die Chancen des Elektroantriebs - in
417 Verbindung mit unseren ehrgeizigen Ausbauzielen für die erneuerbaren Energien.
418 In den kommenden fünf Jahren schaffen wir flächendeckende Lademöglichkeiten im
419 privaten und öffentlichen Raum. Dazu werden wir die Parkraumverordnung anpassen
420 und öffentliche wie private Ladepunkte, wo möglich in Verbindung mit Solar- und
421 Speichertechnik weiter fördern. Unternehmen, die ihren Mitarbeitenden,
422 Kund*innen oder der Nachbarschaft auf ihren Parkplätzen Lademöglichkeiten zur
423 Verfügung stellen, werden wir dafür bei Steuern und Abgaben entlasten. Für uns
424 Grüne ist es selbstverständlich, dass die öffentliche Verwaltung beim Umstieg
425 auf den E-Antrieb vorangeht. Bis 2030 wollen wir öffentliche Fahrzeugflotten
426 daher auf regenerative Antriebe umstellen.

427 Mehr Mobilität für alle durch intelligent vernetzte Angebote

428 Warum sollen wir uns auf nur ein Fortbewegungsmittel festlegen, wenn wir alle
429 nutzen können? In Zukunft steht uns alles zur Verfügung, was uns bewegt. Wir
430 sorgen für echte Wahlfreiheit durch die intelligente Vernetzung aller
431 Verkehrsmittel. Dazu bauen wir die sogenannten Sharing-Angebote für Autos, Fahr-
432 und Lastenräder, Scooter und andere Leihfahrzeuge aus. Bahnhöfe und Busplätze
433 bauen wir zu Mobilitätsstationen um, die den Wechsel vom Auto oder dem Fahrrad
434 in den Zug oder Bus erleichtern. Busse, Bahnen und Haltestellen werden endlich
435 flächendeckend barrierefrei. Wir nutzen die Möglichkeiten der Digitalisierung,
436 um Angebote wie den Bus auf Bestellung oder Mitfahrdienste zu stärken. Um eine
437 echte Vernetzung aller Angebote zu erreichen, werden wir private Anbieter
438 verpflichten, Schnittstellen zu Mobilitätsplattformen der öffentlichen Hand
439 bereitzustellen. Private Haushalte werden wir beim Umstieg unterstützen, indem

440 wir – analog zur Kaufprämie für E-Autos – eine finanzielle Förderung für den
441 Umstieg auf den öffentlichen Nahverkehr oder das Fahrrad einführen.

442 Mehr Sicherheit im Straßenverkehr

443 Mit zunehmender Geschwindigkeit erhöht sich nicht nur der Energieverbrauch
444 unserer Autos, auch die Unfallgefahr steigt. Wir Grüne werden darum – mit oder
445 ohne den Bund – für mehr Sicherheit auf nordrhein-westfälischen Straßen sorgen.
446 Neben einem Sicherheitstempo von 130 km/h auf unseren Autobahnen werden wir auch
447 das grüne Modell eines Regeltempos von 30 km/h innerhalb geschlossener
448 Ortschaften umsetzen. Städte und Kreise können dann selbstständig entscheiden,
449 wo im begründeten Ausnahmefall weiter Tempo 50 gelten soll. Das sorgt nicht nur
450 für mehr Sicherheit im Autoverkehr. Von grüner Verkehrspolitik profitieren
451 endlich auch Kinder, Menschen mit Behinderung, Fußgänger*innen und Radfahrende.
452 Ihre Sicherheit muss zukünftig oberste Priorität in der Verkehrspolitik unserer
453 Städte und Gemeinden haben. Dazu verpflichten wir unsere Kommunen zur
454 Aufstellung von Fuß- und Radverkehrskonzepten und fördern deren Umsetzung.

455 Flugverkehr klimaneutral ausrichten, Anwohner*innen schützen

456 Unsere globalisierte Welt ist ohne das Flugzeug nicht denkbar. Zugleich ist es
457 heute wegen seines hohen Energieverbrauchs das klimaschädlichste Verkehrsmittel.
458 Hinzu kommen der immense Flächenbedarf und die starken Belastungen für
459 Anwohner*innen durch Fluglärm, Abgase und den An- und Abreiseverkehr. Wir Grüne
460 nehmen diese großen Herausforderungen an und machen den Flugverkehr mit einem
461 nachhaltigen Flugverkehrskonzept zukunftsfest. Um Kerosin durch klimaneutrale
462 Treibstoffe zu ersetzen, wollen wir die Flughäfen Düsseldorf und Köln-Bonn zu
463 Vorreitern bei der Beimischung von klimaneutralen Treibstoffen machen. Um die
464 Menschen besser vor Lärm zu schützen, werden wir Nachtflüge reduzieren und die
465 Ausweitung sowie die Einhaltung von Nachtflugverboten fortlaufend überprüfen. An
466 keinem NRW-Flughafen ist ein weiterer Ausbau verkehrspolitisch erforderlich und
467 klimapolitisch vertretbar. Die Zukunftsperspektiven der vier Regionalflughäfen
468 werden wir genau analysieren. Sie müssen sich aus eigener Kraft tragen. Inlands-
469 und Kurzstreckenflüge machen wir durch attraktive Alternativen mit Bus und Bahn
470 so schnell wie möglich überflüssig.

471 Für einen klima- und umweltfreundlichen Güterverkehr

472 Rund 3,7 Milliarden Tonnen Güter wurden 2020 durch Deutschland bewegt. Davon
473 wurden 3,2 Milliarden Tonnen auf der Straße transportiert, lediglich 500
474 Millionen Tonnen per Zug oder Binnenschiff. Wir Grüne wollen, dass sich endlich
475 mehr auf Wasser und Schiene bewegt. Wir bekennen uns zum Ziel der Europäischen
476 Union, 75 Prozent des Güterverkehrs, der aktuell auf der Straße stattfindet, auf
477 die Bahn oder das Schiff zu verlagern. Verbleibenden LKW-Verkehr machen wir bis
478 2035 emissionsfrei. Unser Bahnausbau-Programm nutzen wir, um wieder mehr
479 Industrie und Gewerbe ans Bahnnetz anzuschließen und den Ausbau der
480 Schienenstrecken zu den unterschiedlichen Seehäfen endlich unter hohen
481 Lärmschutzstandards umzusetzen. Eine Mautbefreiung für kombinierte Verkehre rund
482 50 km um Häfen und Güterbahnhöfe kostet nicht viel, ermöglicht aber, dass sich
483 Multimodalität im Güterverkehr rechnet. In enger Abstimmung mit Umweltverbänden,
484 Kommunen und der Wirtschaft werden wir einen neuen Landeswasserstraßenplan zur

485 Ertüchtigung unserer Schifffahrtswege und Binnenhäfen erarbeiten. Dabei ist es
486 unser Ziel, auch in der Schifffahrt fossiles Schweröl durch alternative
487 Kraftstoffe und Antriebe zu ersetzen.

488 **Oberleitungen, Wasserstoff, grüne Biotreibstoffe und**
489 **Batterien: Für jeden Laster der passende Antrieb**

490 Im Güterverkehr, aber auch auf Baustellen, bei der Müllabfuhr oder der Feuerwehr
491 wird großes bewegt. Wir machen auch den Schwerlastverkehr nachhaltig, indem wir
492 alle Technologien und Antriebe fördern, die dazu geeignet sind. Gas-LKW werden
493 längst in Serie hergestellt, auch Batterie-LKW's gibt es schon auf nordrhein-
494 westfälischen Straßen und als Modellprojekte fahren die erste Busse und LKW
495 bereits mit Wasserstoff. In Schleswig-Holstein wurden erfolgreich Oberleitungs-
496 LKW getestet, auch Baden-Württemberg macht sich auf den Weg. In Zukunft brauchen
497 wir all diese Antriebe, um auch in NRW für jedes Nutzfahrzeug die beste Lösung
498 zu finden. Neben dem Ausbau der grünen Wasserstoffwirtschaft werden wir
499 gemeinsam mit anderen Bundesländern und dem Bund auch den Ausbau von
500 Oberleitungen auf unseren Autobahnen vorantreiben. Unser Ziel ist es, dass
501 Lastwagen unser Land bis 2035 elektrisch durchqueren können.

502 **Wir schützen Natur und Umwelt**

503 **Artensterben stoppen – Volksinitiative Artenvielfalt**
504 **umsetzen**

505 Der Verlust an Tier- und Pflanzenarten spitzt sich jedes weitere Jahr zu. Die
506 Hälfte aller Arten ist mittlerweile vom Aussterben bedroht. Wer durch die Natur
507 streift, spürt es: Mit den Pflanzen und Tieren gehen über Jahrtausende
508 gewachsene wertvolle Lebensräume unwiederbringlich verloren. Natur, die auch uns
509 erhält und das Klima schützt. 115.000 Menschen in Nordrhein-Westfalen haben mit
510 ihrer Unterschrift für die „Volksinitiative Artenvielfalt“ ein deutliches
511 Zeichen für den Artenschutz gesetzt. Das ist gerade auch ein großer Erfolg für
512 alle Aktiven, die sich oft ehrenamtlich seit Jahren im Natur- und Umweltschutz
513 einsetzen. Wir setzen ihre Forderungen um, stoppen den Flächenfraß und
514 unterstützen eine artenfreundliche Landwirtschaft, die im Einklang mit der Natur
515 wirtschaftet. Dazu aktualisieren wir die „Biodiversitätsstrategie NRW“ mit den
516 neuesten Daten und mit ambitionierten Zielen. Mit einem „Landesprogramm
517 Biologische Vielfalt“ bringen wir die Landespolitik beim Schutz der biologischen
518 Vielfalt endlich vom Reden ins Handeln. Für eine verlässliche und zielgerichtete
519 Umsetzung sind die 44 Biologischen Stationen im Land bestens geeignet. Wir
520 wollen sie besser ausstatten und vernetzen, sowohl untereinander als auch mit
521 dem Zentrum für Biodiversitätsmonitoring in Bonn.

522 Wir verhindern die Versiegelung von immer größeren Flächen zu Lasten der Natur
523 und der Landwirtschaft. Zu diesem Zweck verankern wir im Landesentwicklungsplan
524 wieder das verbindliche Ziel, den Flächenverbrauch von aktuell über acht Hektar
525 pro Tag in einem ersten Schritt auf fünf Hektar pro Tag zu begrenzen und bis
526 2035 auf netto null abzusenken. Dafür erarbeiten wir eine wirksame Strategie mit
527 operativen Zielen und einer Flächenversiegelungsabgabe sowie weiteren konkreten
528 Maßnahmen. Mit Hilfe eines Brachflächenfonds und einer verbesserten

529 Finanzausstattung des Flächenrecyclings starten wir eine Entsiegelungsoffensive
530 und machen so vorhandene Flächen wieder nutzbar, statt neue Grünflächen zu
531 versiegeln. Wir führen ein neues Flächenausgleichsmodell ein, in dem die
532 ökologische Qualität der Kompensationsfläche einen höheren Stellenwert erhält.

533 **Lebensräume verbinden heißt Arten schützen – die Senne wird**
534 **zweiter Nationalpark**

535 Biologische Vielfalt braucht ihren Raum. Wo Lebensräume durch Straßen oder
536 Siedlungen zertrennt werden, ist die Belastung für die Tierwelt groß. Aus diesem
537 Grund schaffen wir einen übergreifenden Biotopverbund für Nordrhein-Westfalen.
538 Hier bilden Wiesen, Weiden, Gewässerrandstreifen und andere Strukturen ein Netz,
539 in dem die Ausbreitung und Wanderung von Arten und deren genetischer Austausch
540 gewährleistet wird. Wo immer es möglich ist, müssen Schutzgebiete verbunden und
541 solche größeren Biotop-Systeme hergestellt werden. Wir schützen wertvolle
542 Lebensräume durch eine Pestizidminderungsstrategie für alle Flächen, ein Verbot
543 von Pestiziden und Mineraldünger in Schutzgebieten sowie durch eine bessere
544 Förderung für eine vielfältige Landschaftsstruktur. Mit Förderprogrammen und
545 klaren Vorgaben schaffen wir Anreize für den Erhalt unterschiedlicher
546 Lebensraumtypen und setzen dafür auf ein integriertes
547 Lebensraumentwicklungsprogramm. Das Vorkaufsrecht für Schutzgebietsflächen für
548 Verbände muss endlich umgesetzt werden.

549 Durch einen Nationalpark in der Senne und weitere neue Schutzgebiete schaffen
550 wir zusätzlichen Rückzugsraum für gefährdete Arten. Gerade im Verbund von Senne
551 und Teutoburger Wald kann ein weiteres großräumig vernetztes Schutzgebiet mit
552 Wald- und Offenlandflächen im Norden des Landes entstehen. Dafür muss der
553 „Teuto“ vor Rodungen und vor weiterem Abbaggern durch die Zementindustrie
554 geschützt werden.

555 Intakte Moore und Feuchtgebiete liefern einen bedeutenden Beitrag zur CO₂-
556 Minderung. Auch Grünland mit seinem weiträumigen Wurzelgeflecht ist ein
557 wichtiger CO₂-Speicher. Wir wollen daher diese Ökosysteme besser schützen, durch
558 gezielte Projekte aufwerten und den Wasserhaushalt dieser Lebensräume deutlich
559 verbessern.

560 **Mehr Artenschutz in unserer Nachbarschaft**

561 Artenschutz gehört auch in die Stadt. Zum Schutz der Artenvielfalt im
562 städtischen Raum setzen wir auf Nachverdichtung und Flächenrecycling, statt
563 intakte Grünflächen zu bebauen. Wir setzen auf begrünte Fassaden und Dächer, auf
564 starke kommunale Baumschutzsatzungen bis hin zu einem wirksamen Ausschluss von
565 sogenannten Schottergärten in der Landesbauordnung. Pestizide haben in
566 Hausgärten, öffentlichen und nicht-landwirtschaftlichen Flächen nichts verloren.

567 Entlang unserer Straßen muss es wieder summen. Straßengrün umrahmt mehrere
568 tausend Kilometer Straße in Nordrhein-Westfalen. Wir machen eine
569 insektenfreundliche und ökologische Pflege des Straßengrüns überall im Land zur
570 Regel und schaffen damit parallel zum Straßen- ein Vielfaltsnetz.

571 In unseren Städten wird es nachts nicht mehr richtig dunkel. Diese
572 Lichtverschmutzung ist nicht nur ein Problem für unseren Schlaf, sondern auch

573 für die biologische Vielfalt. Mit dem Verlust der Dunkelheit verlieren die
574 nachtaktiven Tiere ihren Lebensraum. Wir verankern die Vermeidung von
575 Lichtemissionen – dort wo es für die Sicherheit nicht notwendig ist – im
576 Landesrecht, etwa durch belastungsärmere Leuchtmittel und klare Regeln für
577 Neubaugebiete.

578 Wo Tier und Mensch eng zusammenleben, gibt es immer auch Konflikte, wie bei der
579 Rückkehr des Wolfs. Hier ist das Land in der Verantwortung einen Ausgleich zu
580 schaffen und zu vermitteln. Die bislang getroffenen Regelungen zum
581 Wolfsmanagement sind unzureichend. Ziel allen Handelns muss ein möglichst
582 konfliktfreies bzw. -armes Miteinander von Wolf und Mensch sein.
583 Weidetierhaltung muss auch in Zukunft möglich sein und als wichtiger Beitrag zum
584 Tier- und Artenschutz besser gefördert werden. Sie darf weder an fehlenden
585 finanziellen oder personellen Ressourcen noch an Ängsten scheitern.

586 Klimaschutz und Artenschutz gehen nur zusammen

587 Natur- und Artenschutz braucht Klimaschutz und umgekehrt. Die Klimakrise heizt
588 das Artensterben und den Verlust von Lebensräumen an. Intakte Ökosysteme
589 wiederum dienen als natürliche CO₂-Senken und sind widerstandsfähiger gegen
590 Klimaänderungen. Konflikte zwischen dem Ausbau klimanotwendiger Infrastruktur
591 auf der einen und Natur- und Artenschutz auf der anderen Seite werden wir
592 auflösen. Durch vorrausschauende, klare und verbindliche Vorgaben auf Bundes-
593 und Landesebene schaffen wir eine Planungskultur, die Umweltregulierung nicht
594 als Fesseln wahrnimmt und Bürger*innen und Umweltverbände nicht als „Planungs-
595 Bremser“ abwertet, sondern ihre Ideen wertschätzt.

596 Wir bringen Schwung in die Infrastrukturplanung: mit einer Personal- und
597 Nachwuchsoffensive sowie Verbesserungen und Beschleunigungen operativer Abläufe
598 in Planungs- und Genehmigungsbehörden und Gerichten. Bürger*innenbeteiligung ist
599 dann erfolgreich, wenn sie verbindlich, frühzeitig und auf Augenhöhe
600 stattfindet. Umwelt- und Klimaverträglichkeitsprüfungen werten wir auf und
601 stellen sie an den Beginn des Verfahrens. Die Erfahrungen und die Expertise von
602 Naturschutz- und Umweltverbänden wollen wir stärker würdigen und eine Nutzung
603 vertraglich regeln.

604 Beim Ausbau der Windenergie leiten wir einen Systemwechsel ein. Mit einer Bund-
605 Länder-übergreifenden Bedarfsplanung legen wir bis zu zwei Prozent der
606 Landesfläche als Vorrangfläche fest. Dabei sind Schwerpunktorkommen besonders
607 konfliktträchtiger, windenergiesensibler Tierarten von vornherein aus den
608 Vorranggebieten auszuschließen. Mit Schutzprogrammen fördern wir die Population
609 der Tierarten in den Schwerpunktorkommen und überkompensieren damit mögliche
610 negative Auswirkungen auf einen Teil der Population in den Vorrangflächen. Wo es
611 sinnvoll ist, nutzen wir Repowering zur Übersiedlung der neuen Anlagen in
612 Vorranggebiete. Auch technische Lösungen wie Überwachung der Rotoren in Echtzeit
613 mit Abschaltautomatik für die Erkennung von Greifvögeln oder Fledermäusen können
614 die Tiere besser schützen.

615 Umweltverwaltung stärken und Umweltkriminalität konsequent 616 verfolgen

617 Starke Gesetze zum Schutz von Umwelt und Natur können nur wirken, wenn sie auch
618 konsequent angewandt werden. Die mehr als 30 EU-Vertragsverletzungsverfahren
619 gegen die Bundesrepublik und das Land NRW wegen nicht umgesetzter
620 Umweltgesetzgebung stehen sinnbildlich für die Probleme bei der Umsetzung. Als
621 unabhängiger Anwalt der Umwelt leistet die Umweltverwaltung einen wichtigen
622 Beitrag zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, den Erhalt öffentlicher
623 Infrastruktur und der Sicherung des Wirtschafts- und Industriestandortes. Mit
624 einem Zukunftsplan stärken wir die Umweltverwaltung. Dazu gehört insbesondere
625 eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung, damit der Umweltschutz
626 nicht an unterbesetzten Behörden scheitert. Mit gezielten Kampagnen unterstützen
627 wir die Gewinnung von Fachkräften. „Grüne Telefone“ als unabhängige
628 Umweltbeschwerdestellen werden auf allen Ebenen die Regel, damit Missstände
629 nicht im Verborgenen bleiben. Die Kommunikation zwischen den Behörden,
630 ehrenamtlichem Naturschutz und Naturschutzbeauftragten, Privatpersonen und
631 Unternehmen stärken wir. Durch die Digitalisierung entlang landesweiter
632 Standards zur Verbesserung, Entbürokratisierung und Beschleunigung operativer
633 Maßnahmen kann und muss die Arbeit effizienter, transparenter, bürger*innennäher
634 und wirtschaftlicher werden.

635 Umweltverbrechen sind kein Kavaliersdelikt. Die von Schwarz-Gelb abgeschaffte
636 Stabsstelle Umwelt- und Verbraucherschutzkriminalität setzen wir wieder ein und
637 entwickeln sie zu einer zentralen Koordinierungsstelle weiter. Zu ihren Aufgaben
638 gehören Sensibilisierung, Vermittlung von Wissen und die Vernetzung von Akteuren
639 wie (Umwelt-)Behörden, Polizei und Staatsanwaltschaften. Wir bündeln die Arbeit
640 der Strafverfolgungsbehörden in einer neuen „Schwerpunktstaatsanwaltschaft
641 Umweltkriminalität“ mit landesweiter Ermittlungsbefugnis.

642 Wir wahren das Naturerbe in NRW für die nächsten 643 Generationen – Mit einer Stiftung Naturerbe NRW

644 Das Naturerbe in Nordrhein-Westfalen steht unter Druck durch Privatisierung und
645 Zersiedelung. Für uns gilt: Das Naturerbe gehört uns allen und darf nicht hinter
646 hohen privaten Zäunen der Gemeinschaft entzogen werden. In einer rechtlich
647 selbstständigen „Stiftung für das Naturerbe in NRW“ bündeln wir die Naturflächen
648 im Besitz des Landes in einer zentralen Stelle und schützen sie damit vor
649 Privatisierung. Durch aktiven Zukauf von Flächen und Flächenaustausch bei
650 Projekten mit landesweiter Bedeutung schaffen wir einen landesweiten, dauerhaft
651 geschützten Biotopverbund, der für Generationen allen Menschen im Land
652 offenstehen und Natur erlebbar machen wird.

653 Natur und Umwelt lernen – Wir bilden Naturschützer*innen von 654 Morgen

655 Das Wissen über den Schutz von Umwelt, Natur und Klima ist nicht
656 selbstverständlich. Wenn mehr Menschen jeden Alters und aus jedem sozialen
657 Milieu informiert sind, mehr Menschen in ihrer ganz eigenen Art und Weise
658 Naturschützer*innen werden, dann können wir die Klima- und Artenkrise gemeinsam

659 besser meistern. Dabei leitet uns das Konzept der Bildung für nachhaltige
660 Entwicklung (BNE), das wir in allen Bildungsbereichen fest verankern werden. Das
661 Wissen über die internationalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (sustainable
662 development goals) und die sozial-ökologische Transformation zur Erreichung
663 dieser Ziele werden so in die Breite der Gesellschaft getragen – von der Kita,
664 über die Lehrerinnenbildung bis zur Senioren-Uni. Dafür setzen wir einen Rahmen,
665 der von den Bildungsträgern mit ihren didaktischen Konzepten mit Leben gefüllt
666 werden kann. In den regionalen Bildungsnetzwerken wird Bildung für nachhaltige
667 Entwicklung zu einer tragenden Säule. Wir fördern außerschulische
668 Kooperationspartnerschaften und bauen die BNE-Regionalzentren zu einem
669 landesweiten BNE-Landesnetzwerk aus, das mehr Projekte, Netzwerkpartner und
670 kommunale Aktivitäten beinhaltet.

671 Unseren Wald für die nächsten Generationen bewahren

672 Wälder verdienen unseren besonderen Schutz. Sie sind eine wesentliche CO₂-Senke
673 und als solche unsere stärksten Verbündeten im Kampf gegen die Klimakrise.
674 Gleichzeitig sind sie selbst im Klima-Dauerstress. Aus diesem Grund machen wir
675 den Waldumbau hin zu naturnahen, arten- und strukturreichen Wäldern zum Ziel der
676 nordrhein-westfälischen Waldwirtschaft. Hier werden klima-tolerante und
677 heimische Baumarten zum neuen Normal. Das gilt für Wald in öffentlicher Hand
678 genauso wie für den privaten Waldbesitz. Damit es gelingt, bauen wir die
679 Angebote des Vertragsnaturschutzes im Bereich des Privatwaldes aus. Außerdem
680 entwickeln wir das Forstliche Bildungszentrum in Arnsberg zu einem
681 Waldbildungszentrum weiter, um hier verstärkt ökologische und klimatologische
682 Zusammenhänge zu vermitteln. Daneben stärken wir den Waldnaturschutz und werden
683 weitere Wildnis-Gebiete ausweisen.

684 Der Waldumbau gelingt nur mit den Waldeigentümer*innen zusammen. Wir werden
685 geeignete Förder- und Beratungsinstrumente schaffen, die den Waldumbau zu einer
686 naturgemäßen Waldwirtschaft vorantreiben. Forstbetriebsgemeinschaften und
687 forstliche Zusammenschlüsse wie Waldgenossenschaften sind sehr gut geeignet, um
688 die Potenziale kleiner privater Waldflächen zu bündeln und die
689 Waldbesitzer*innen fachlich und wirtschaftlich zu unterstützen. Die Gründung von
690 Bürger*innenwaldgenossenschaften werden wir unterstützen, um Bürger*innen aktiv
691 in den Schutz des Waldes mit einzubeziehen. Der wachsenden Waldbrandgefahr
692 begegnen wir, indem wir die Kommunen in der Brandprävention und der effektiven
693 Brandbekämpfung unterstützen.

694 Der Wald ist Artenbewahrer und Häuslebauer

695 Naturverjüngung – also der sich selbst erneuernde Wald – ist zentral für eine
696 naturnahe Wiederbewaldung von Kahlflächen. Ein naturverjüngter Wald ist ein
697 wichtiger Lebensraum für bedrohte Arten. Doch in vielen Teilen Nordrhein-
698 Westfalens verhindern deutlich überhöhte Wildbestände genau diesen wichtigen
699 Prozess. Um den Waldumbau hin zu klimastabilen Mischwäldern gestalten zu können,
700 ist eine konsequente Reduzierung der Wildbestände auf ein verträgliches Maß
701 erforderlich. Öffentliche Gelder zur Herstellung einer naturnahen Waldnutzung
702 sollten daher zukünftig nur dann erteilt werden, wenn gleichzeitig das
703 notwendige ökologische Wildmanagement erfolgt.

704 Holz ist ein wertvoller, klimaneutraler Baustoff, der nachwächst und CO₂ über
705 viele Jahrzehnte lang binden kann. Deshalb wollen wir in Zukunft stärker auf den
706 Baustoff Holz aus unseren heimischen Wäldern setzen. Öffentliche Gebäude sollen
707 hierbei eine Vorreiterrolle einnehmen, indem sie statt mit Kies und Zement
708 verstärkt aus Laub- und Nadelholz gebaut werden. Wir wollen auch für die
709 kommunale Ebene entsprechende Anreize setzen und entsprechend die Verwendung von
710 Holz im Baugewerbe stärker unterstützen.

711 Sauberes Trinkwasser – immer und überall

712 Nitrat, Pestizide, Medikamentenreste und Mikroplastik haben in unseren Gewässern
713 nichts zu suchen. Eine der größten Belastungen für unser Trinkwasser geht nach
714 wie vor von Nitratreinträgen aus der Landwirtschaft aus. Aber auch der Einsatz
715 von Pestiziden setzt unseren Gewässern zu. Diese Stoffeinträge stellen die
716 Wasserversorger bei der Aufbereitung unseres Trinkwassers schon heute vor
717 erhebliche finanzielle Herausforderungen. Wir unterstützen daher Landwirt*innen
718 und die Wasserwirtschaft beim Schutz von Wasser und Umwelt und setzen die
719 bestehenden Regeln zum Gewässerschutz konsequent um. Um unser Wasser sauber zu
720 halten, fördern wir nachhaltige Formen der Landnutzung und Tierhaltung.
721 Erdgasförderung oder tiefe Geothermie mittels „Frackings“ gefährden unser
722 Trinkwasser. Daher lehnen wir diese Technologien auch aus Gründen des
723 Trinkwasserschutzes ab.

724 Wir wenden konsequent das Vermeidungs- und Vorsorgeprinzip und die
725 Herstellerverantwortung bei Verschmutzungen unseres Wassers an. Zur fairen
726 Verteilung der steigenden Kosten für die Abwasser- und Trinkwasseraufbereitung,
727 setzen wir einen Verursacherfonds auf und reformieren die Abwasserabgabe. So
728 stärken wir die Produktverantwortung von Herstellern. Die Wiederverwendung von
729 Abwässern und Speicherung von Regenwasser werden wir regeln und Anreize zum
730 Wassersparen schaffen. Um unsere Gewässer und Böden als Lebensraum und Quelle
731 für unser Trinkwasser zu schützen, muss eine Verbesserung der Klärtechnologie
732 und die dafür notwendige Finanzierung sichergestellt werden.

733 Wasser ist unser Lebensmittel Nr. 1 und sollte daher allen Menschen kostenfrei
734 zur Verfügung gestellt werden. Daher ergreifen wir die Initiative für eine
735 flächendeckende Trinkwasserversorgung an öffentlichen Plätzen, indem wir die
736 Kommunen in rechtlichen und organisatorischen Fragen unterstützen. Wir setzen
737 die europäische Trinkwasserrichtlinie vollständig um.

738 Wir schützen den Lebensraum Wasser

739 Die zurückliegenden Hitzesommer und Flutkatastrophen machen die Auswirkungen der
740 Klimakrise zunehmend spürbar. Wir entwickeln eine „Zukunftsstrategie Wasser“, um
741 angemessen auf die Auswirkungen der Klimakrise reagieren zu können. Auch
742 Maßnahmen zur Verteilung der Wasserressourcen schreiben wir darin fest. Die
743 europäische Wasserrahmenrichtlinie verlangt eine Wiederherstellung des naturnahen
744 Zustandes unserer Gewässer.

745 Diese Vorgaben werden zum Schaden von Umwelt und dem Menschen schon viel zu
746 lange ignoriert. Das werden wir ändern. Denn lebendige, durchgängige und
747 naturnah fließende Gewässer bilden mit ihren Auen wichtige Lebensräume
748 für verschiedene Arten und leisten daher einen unersetzlichen Beitrag zum Erhalt

749 der Biodiversität. Im Sinne eines ökologischen Hochwasserschutzes verankern wir
750 das Ziel einer naturnahen Gewässerentwicklung mit Mooren, Auwäldern und
751 Feuchtwiesen stärker als bisher in der Regional- und Bauleitplanung.

752 Wo „Wasserschutzgebiet“ drauf steht, muss auch Wasserschutz drin sein. Deshalb
753 überarbeiten wir das Landeswassergesetz und stärken den Wasserschutz nach vier
754 Jahren des Rückschritts wieder. Derzeit blockieren viele tausend Querbauwerke,
755 Wehre und Schwellen die Flüsse und Bäche in NRW. Um die Wasserkraftnutzung mit
756 den Anforderungen der Wasserrahmenrichtlinie in Einklang zu bringen, müssen
757 insbesondere kleine Wasserkraftanlagen unter ökologischen Aspekten
758 weiterentwickelt werden. Fisch- und fließgewässerfreundliche Wasserkraftwerke
759 sollten bevorzugt werden und können zur Verbesserung des Fließgewässers
760 beitragen und gleichzeitig einen Beitrag zur Stromerzeugung leisten. Verrohrte
761 Bäche im Stadtgebiet sollten – wo möglich – offengelegt und renaturiert werden.

762 Saubere Luft – überall in NRW

763 Saubere Luft ist überlebenswichtig. Jedes Jahr sterben in Deutschland 70.000
764 Menschen vorzeitig aufgrund schlechter Luft. Gerade Menschen mit geringen
765 Einkommen können es sich nicht aussuchen, ob sie an belasteten
766 Hauptverkehrsstraßen oder in der Nähe einer stickstoff-lastigen industriellen
767 Massentierhaltung leben. Insofern ist saubere Luft auch eine Frage der
768 Gerechtigkeit. Mit der Wende hin zu schadstoffarmem, emissionsfreiem Verkehr und
769 Kraftwerk, mehr Stadtgrün und weniger versiegelten Flächen machen wir die Luft
770 sauberer. In der Landwirtschaft senken wir die Stickstoff- und Pestizidbelastung
771 durch die Stärkung einer bäuerlichen Landwirtschaft, die ihre Tierbestände
772 wieder an die vorhandene Fläche anpasst und in tiergerechten Ställen hält.

773 Die Überschreitung von Grenzwerten ist keine Bagatelle, sondern gefährdet die
774 Gesundheit der Menschen. Statt auf die nächste Klage zu warten, setzen wir die
775 Grenzwerte konsequent um und unterstützen Kommunen und Kreise dabei, bevor es
776 überhaupt zu Klagen kommt. Wir legen ein Programm zur Verbesserung des
777 Messnetzes auf, das insbesondere bisher ausgesparte Orte wie Flughäfen,
778 Flusshäfen und Wohnbebauung einschließt. Zurzeit nicht erfasste, aber
779 hochgefährliche Schadstoffe wie Ultrafeinstäube nehmen wir in das Messnetz auf
780 und überwachen sie systematisch. Beim Gesundheitsschutz darf es keine Lücken
781 geben.

782 Wir stärken Bäuer*innen, Tiere und Natur

783 Gute Nahrungsmittel aus einer gesunden Natur – Sicherheit
784 für Landwirt*innen

785 Gute Lebensmittel von artenreichen Feldern und von gesunden Tieren, hergestellt
786 von Bäuer*innen mit sicherem Einkommen in NRW. Das ist unser grüner Plan für die
787 Landwirtschaft der Zukunft. Immer mehr Menschen wollen regionale,
788 klimafreundliche und gesunde Lebensmittel kaufen – und immer mehr Landwirt*innen
789 wollen diese produzieren. Wir geben dieser Bewegung Rückenwind und wollen die
790 Rechte der Konsument*innen durch einen besseren Verbraucher*innenschutz stärken
791 sowie die Bäuer*innen beim Umstieg unterstützen. Landwirtschaft und der Schutz
792 von Tieren, Klima, Umwelt und Gewässern sind keine Gegensätze, sondern bedingen

793 einander. Ohne eine intakte Natur, fruchtbare, Böden, sauberes Wasser und ein
794 stabiles Klima können Landwirt*innen auf Dauer nicht sicher arbeiten. Schon
795 heute tragen viele Landwirt*innen aktiv zum Schutz der natürlichen Ressourcen
796 bei. Sie werden wir weiter unterstützen und allen, die den Aufbruch wagen, unter
797 die Arme greifen. Das geht nur im engen und offenen Austausch zwischen
798 Landwirt*innen, Verbraucher*innen und Wissenschaftler*innen.

799 Unser Leitbild ist die ökologische, strukturreiche und bäuerliche
800 Landwirtschaft, die auf einem Fundament von Pestizidfreiheit, Tiergerechtigkeit
801 und Gentechnikfreiheit steht. Eine industrialisierte Massentierhaltung hat in
802 der Landwirtschaft der Zukunft hingegen keinen Platz. Mit einer gezielten
803 Förderung naturverträglicher Landwirtschaft geben wir mehr und mehr
804 landwirtschaftlichen Betrieben die Planungs- und Investitionssicherheit, die sie
805 brauchen. Unser Ziel ist es, den Anteil des Ökolandbaus von heute knapp sieben
806 Prozent auf 25 Prozent bis 2030 zu steigern, wie es die von uns unterstützte
807 erfolgreiche „Volksinitiative Artenvielfalt“ fordert. Gemeinsam mit dem Bund
808 setzen wir die europäischen Vorgaben zur Verringerung des Stickstoffeintrages
809 durch Düngemittel konsequent um und schützen so Trinkwasser und Böden.
810 Mittelfristig reduzieren wir den Viehbestand auf ein umwelt- und
811 tierverträgliches Maß.

812 Landwirtschaft entwickelt sich weiter. Wir wollen dabei die Agrarforschung hin
813 zu einer naturverträglichen Landwirtschaft ausweiten, von vielfältigen
814 Fruchtfolgen, über widerstandsfähige Anbausysteme bis hin zu Agroforstansätzen.

815 Eine Landwirtschaft ohne Pestizide – Für Bienen, Vögel und
816 Co.

817 2100 Tonnen Pestizide wurden im Jahr 2017 landesweit auf den Feldern
818 ausgebracht. Mit verheerenden Folgen für die Artenvielfalt auf und neben dem
819 Acker und der Gesundheit von uns Menschen. Unser Ziel ist es, die Abhängigkeit
820 der modernen Landwirtschaft von chemisch-synthetischen Pestiziden zu überwinden.
821 Mit einem verbindlichen Pestizidreduktionsprogramm halbieren wir den Einsatz von
822 Pestiziden kurzfristig. Besonders die für die Artenvielfalt kritischen Pestizide
823 finden keinen Einsatz mehr. Als Steuerungsinstrument setzen wir auf eine NRW-
824 Pestizidatenbank, mit der die Abkehr von Pestiziden für alle transparent und
825 planbar wird.

826 Wir lassen die Landwirt*innen auf diesem Weg nicht allein. Wo durch die
827 Umstellung Mehrkosten anfallen, wollen wir die Landwirt*innen mit Förder- und
828 Ausgleichskonzepten unterstützen und ihnen mit Beratungsangeboten zur Seite
829 stehen.

830 Die Kosten für Umwelt und Gesundheit durch einen aus dem Ruder gelaufenen
831 Pestizideinsatz zahlen gerade wir alle, besonders auch die Menschen auf dem
832 Land. Mit einer verursacherorientierten Pestizidabgabe, vorzugsweise auf
833 Bundesebene, geben wir den Schäden einen ehrlichen Preis und nutzen die
834 Einnahmen gezielt für die Umstellung auf eine pestizidarme Landwirtschaft und
835 die Wiederherstellung intakter Natur.

836 Der Einsatz für Natur, Tiere und Menschen muss sich für die
837 Landwirt*innen lohnen

838 Der Löwenanteil der Agrarförderung geht derzeit an die größten Betriebe, nicht
839 an diejenigen, die tagtäglich mit großem Aufwand gesunde Lebensmittel im
840 Einklang mit der Natur erzeugen. In Nordrhein-Westfalen werden wir alle
841 Möglichkeiten nutzen, damit das öffentliche Geld von EU, Bund und Land an die
842 Bäuer*innen und Betriebe geht, die mit ihrem Schutz von Natur und Tieren eine
843 öffentliche Leistung erbringen. Der Umstieg in eine insekten- und
844 vogelfreundliche Landwirtschaft muss sich lohnen.

845 Gerade kleine Feldeinheiten und bäuerliche Betriebe sind gut für die
846 Artenvielfalt und bilden das Rückgrat des ländlichen Raums. Mit zielgerichteter
847 Unterstützung bäuerlicher Betriebe stoppen wir das Sterben kleiner Höfe. Durch
848 den Ausbau sozialökologischer Beratungsangebote für Familienbetriebe bieten wir
849 konkrete und niederschwellige Hilfe, damit der Übergang zwischen den
850 Generationen und in die Landwirtschaft der Zukunft gelingt. Bestehende Programme
851 zum Umbau der Tierhaltung hin zu mehr Tierwohl sind für viele kleine Unternehmen
852 durch zu hohe Anforderungen versperrt. Statt umzubauen, geben so viele Betriebe
853 auf. Wir setzen ein landeseigenes Förderprogramm auf, das gezielt Bauvorhaben
854 kleinerer und mittlerer Betriebe fördert und schließen so eine Lücke in der
855 Agrarförderung. Wo Arbeitsbedingungen in landwirtschaftlichen Betrieben und dem
856 verarbeitenden Gewerbe untragbar sind, greifen wir hart gegen Ausbeutung durch
857 und unterstützen bessere Arbeitsschutzvorgaben auf Bundes- und EU-Ebene.

858 Genuss für Artenvielfalt und Natur

859 Viele Menschen wünschen sich regionale, handwerkliche Produkte aus einer
860 bäuerlichen Landwirtschaft. Wir richten in jedem Kreis und jeder Großstadt ein
861 Zentrum für handwerkliche Lebensmittelverarbeitung ein. In enger Zusammenarbeit
862 mit den Kommunen und den dortigen Betrieben wird vor Ort entschieden, was
863 gebraucht wird, vom Wiederaufbau eines kleinen Schlachthofes bis zu einer
864 regionalen Vertriebsstelle.

865 Zuverlässige Abnahme schafft Sicherheit. Mit dem „300 mal 30 Prozent-Programm“
866 fördern wir mindestens 300 Kantinen und Mensen von Betrieben, Krankenhäusern,
867 Behörden, KITAS und Schulen dabei, mindestens 30 Prozent ihrer Produkte aus dem
868 Ökolandbau zu beziehen – so viel wie möglich davon regional, direkt von den
869 Betrieben oder regionalen Vertriebsnetzen. Hochwertiges Bio-Fleisch aus der
870 Region machen wir von der Ausnahme zum Standard, vollwertige fleischfreie und
871 vegane Angebote zur täglichen Selbstverständlichkeit. So schaffen wir regionale
872 Märkte mit fairen Preisen und Planungs- und Investitionssicherheit für
873 landwirtschaftliche Betriebe. Und nicht zuletzt: Orte, an denen viele Menschen
874 gesundes und ökologisch produziertes Essen aus ihrer Region genießen können!

875 12 Millionen Tonnen noch essbarer Lebensmittel werden jedes Jahr in Deutschland
876 weggeworfen, ein großer Teil davon auch in NRW. Gemeinsam mit dem Bund weiten
877 wir Projekte zur Eindämmung dieser Lebensmittelverschwendung aus, verpflichten
878 den Handel und Produzent*innen genusstaugliche Lebensmittel weiterzugeben und
879 entkriminalisieren das Retten von Lebensmitteln, das so genannte „Containern“.

880 Tiere haben ein Recht auf ein gutes Leben

881 Mit einer ambitionierten „Landesstrategie Nutztierhaltung“ wollen wir die
882 Tierhaltung deutlich verbessern und für tiergerechte Haltungsbedingungen in
883 nordrhein-westfälischen Ställen sorgen.

884 Wir verbessern den Tierschutz auf den Schlachthöfen in Nordrhein-Westfalen.
885 Insbesondere bei tierschutzsensiblen Arbeitsbereichen wie dem Zutrieb, der
886 Betäubung und dem eigentlichen Töten, muss die bisherige Akkordarbeit beendet
887 werden. Wir stärken die Kontrollen durch unabhängige Kontrolleur*innen und
888 setzen auf flächendeckenden Einsatz von Videokontrollen. Jedes Jahr werden
889 Millionen von Schweinen vor der Schlachtung mit Kohlendioxid betäubt, obwohl es
890 Zweifel an Wirksamkeit und Schmerzfreiheit gibt. Wir setzen auf
891 tierschutzkonforme Alternativen für die CO₂-Betäubung.

892 Lange Lebendtransporte bedeuten für die Tiere ungeheure Strapazen und nicht
893 selten qualvolles Leiden. Wir beschränken Tiertransporte aus NRW in andere EU-
894 Länder ausnahmslos auf maximal vier Stunden, genehmigen sie nur unter strengen
895 Tierschutz-Auflagen und kontrollieren diese besser. Da bei Lebendtiertransporten
896 in Nicht-EU-Länder die Einhaltung der Tierschutz-Standards nicht gewährleistet
897 werden kann, werden wir diese Transporte aus NRW beenden und uns für ein
898 bundesweites Verbot einsetzen.

899 Mehr Power für den staatlichen Tierschutz

900 Um Tierschutz durchzusetzen, ist es unerlässlich, dass der oder die
901 Landestierschutzbeauftragte in Zukunft endlich weisungsunabhängig agieren kann.
902 Wir machen den Tierschutz in NRW effektiv, indem wir diesen in einem Ministerium
903 bündeln. Die seit Jahren anhaltende, unzureichende personelle Ausstattung der
904 Veterinärämter hat immer wieder zur Konsequenz, dass massive
905 Tierschutzverletzungen nicht geahndet werden. In zu vielen Fällen werden
906 Vergehen nicht durch die örtlichen Veterinärämter aufgedeckt, sondern durch
907 Tierschützer*innen, Bürger*innen oder Journalist*innen. Nicht selten bringen
908 diese sich bei dieser Aufklärungsarbeit selbst in Gefahr. Daher führen wir das
909 abgeschaffte Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände so schnell wie
910 möglich wieder ein und bauen es aus, indem wir eine Feststellungs- und
911 Anfechtungsklage mit der Möglichkeit einer aufschiebenden Wirkung für alle
912 tierschutz-relevanten Bereiche einführen.

913 Tierversuche reduzieren, Haustiere schützen

914 Die Zahl der Tierversuche ist seit Jahren auf einem konstant hohen Niveau,
915 obwohl die Alternativen in den letzten Jahren vielfältiger und aussagekräftiger
916 wurden. Wir setzen uns für ein Verbot von Tierversuchen ein, für die es
917 anerkannte, tierleidfreie Alternativen gibt. Mit klaren Zielvereinbarungen,
918 gezielter Förderung und eindeutigen Vorgaben reduzieren wir die Anzahl der
919 Tierversuche deutlich und streben ein Ende von Tierversuchen an. Auch im
920 privaten Bereich kann der Tierschutz noch verbessert werden. Mit einem
921 Gefahrtiergesetz stellen wir sicher, dass potenziell für andere Menschen
922 gefährliche Tiere gut und sicher gehalten werden. Wir lehnen Reptilien- und
923 Exotenbörsen ab und setzen uns für eine stärkere Kontrolle ein. Das bestehende

924 Gifttiergesetz ist deutlich zu kurzgefasst und leistet keinen Beitrag zur
925 Eindämmung des Handels und der Haltung mit und von exotischen Wildtieren.

926 Tierheime übernehmen eine wichtige gesellschaftliche Funktion, werden aber
927 finanziell und strukturell vernachlässigt. Viel zu oft ist ihre Finanzierung von
928 Spenden, Mitgliedsbeiträgen und Sponsoring abhängig. Wir führen landesweit eine
929 verbindliche Vergütung von Tierheimen für die Unterbringung von Heimtieren ein,
930 damit die Tierheime sicher planen und Tiere bestmöglich schützen können. Seit
931 Jahren sind sich Expert*innen darüber einig, dass Wildtiere unter den
932 Bedingungen nicht ortsfester Einrichtungen (Zirkusbetriebe) nicht art- und damit
933 tierschutzgerecht gehalten werden können. Trotz mehrerer Initiativen des
934 Bundesrates kam es bisher nicht zu einem Verbot der Mitführung von Wild- und
935 Großtieren. Wir setzen uns dafür ein, dass die sogenannten Zirkusleitlinien
936 unverzüglich und nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen überarbeitet und
937 in diesem Punkt angepasst werden.

938 **Wir bewahren unsere Landschaften und unseren** 939 **Boden**

940 **Mit neuen Konzepten gegen den Flächenfraß**

941 Unser Boden ist eine endliche Ressource. In keinem anderen Flächenland ist er so
942 knapp wie im dicht besiedelten NRW. Gleichzeitig ist der Verbrauch von Fläche
943 durch Bebauung und den Rohstoffabbau eine der Ursachen für die schlimmsten
944 Umweltprobleme, angefangen beim Artensterben, über Dürre- und
945 Hochwasserereignisse bis hin zur Erderwärmung. Wir machen endlich Ernst im Kampf
946 gegen den Flächenfraß – mit einem klaren Rechtsrahmen und intelligenten
947 Lösungen. Dazu schreiben wir zunächst eine Obergrenze für den Flächenverbrauch
948 von fünf Hektar pro Tag im Landesentwicklungsplan (LEP) fest. Bis spätestens
949 2035 wollen wir dafür sorgen, dass nicht mehr Fläche verbraucht, als
950 gleichzeitig entsiegelt wird. Mit Hilfe von tauschbaren Flächenentwicklungs-
951 Zertifikaten sorgen wir dafür, dass unsere Kommunen und Kreise
952 Entwicklungsspielräume behalten. Gleichzeitig setzen wir mit einer
953 Versiegelungsabgabe Anreize, Flächen der Natur zurückzugeben. Um für den
954 verbleibenden Flächenverbrauch zukünftig einen wirksamen und ortsnahen
955 ökologischen Ausgleich sicherzustellen, führen wir ein klares Ökopunktesystem
956 ein.

957 **Brachflächen reaktivieren, Altlasten entsorgen**

958 Der jahrzehntelange Strukturwandel hat sichtbare Spuren in Form von
959 industriellen und gewerblichen Brachflächen hinterlassen. Hier soll Neues
960 entstehen. Doch Entgiftung, Abriss und Verkehrsanschluss sind für private
961 Investor*innen und Kommunen oft unwirtschaftlich oder einfach nicht leistbar.
962 Darum verstärken wir das Engagement des Landes bei der Reaktivierung von
963 Brachflächen. Dazu bauen wir den Grundstücksfonds NRW zu einem landesweiten
964 Brachflächen- und Grundstücksfonds aus. Mit seiner Hilfe geben wir Kommunen die
965 Möglichkeit, Flächen anzukaufen, zu entwickeln und neu zu nutzen. Parallel
966 verdoppeln wir die Fördermittel des Landes für die Beseitigung von Altlasten auf

967 kommunalen Flächen und machen diese auch für gemeinnützige und
968 gemeinwohlorientierte Grundstückseigentümer*innen zugänglich.

969 Mehr grün, weniger grau: neue Standards in der 970 Flächenentwicklung

971 Unser langfristiges Ziel ist eine Gesellschaft, die nicht mehr Fläche
972 verbraucht, als sie der Natur zurückgibt. Bis es so weit ist, setzen wir neue
973 klima- und umweltfreundliche Maßstäbe bei der Flächenentwicklung. Tote
974 Schottergärten, Parkplatzwüsten oder Industriebauten mit dem energetischen
975 Standard von Wellblechhütten wird es mit uns zukünftig nicht mehr geben.
976 Stattdessen setzen wir auf verkehrsberuhigte Plus-Energie-Siedlungen, Null-
977 Emissions-Gewerbeparks und kühle, artenreiche Gärten. Mit einer Reform des
978 Landesplanungsgesetzes geben wir unseren Städten und Gemeinden die Möglichkeit,
979 über kommunale Entwicklungssatzungen geeignete Standards für die Erschließung
980 von Grundstücken, nachhaltiges Bauen, regenerative Energiekonzepte, die
981 ökologische Gestaltung von Gärten und Freiflächen, die Versickerung von
982 Regenwasser oder die Begrünung von Dächern festzulegen.

983 "Wohnen über dem Supermarkt, parken darunter": Wir nutzen 984 bebaute Fläche effektiver

985 Den Flächenfraß aufhalten bedeutet auch, bereits bebaute Flächen effektiver zu
986 nutzen. Wir geben unseren Kommunen dafür neue Instrumente an die Hand und
987 fördern innovative Bebauungs- und Nutzungskonzepte. Dazu werden wir die
988 Landesbauordnung ändern, um unterschiedliche Nutzungen auf einem Grundstück, wie
989 z.B. die Wohnung über dem Supermarkt, leichter vereinen zu können. Wir geben
990 Kommunen die Möglichkeit, hierzu Vorgaben zu machen. Um zusätzlichen Wohnraum
991 auf vorhandenen Flächen zu schaffen, werden wir Dachausbauten und Aufstockungen
992 fördern und dazu die soziale Wohnraumförderung und die bestehenden
993 Förderprogramme zur Gebäudesanierung erweitern. Großflächig betonierten
994 Parkplätzen vor Firmengebäuden oder Supermärkten werden wir einen
995 planungsrechtlichen Riegel verschieben und durch die Festschreibung von
996 Tiefgaragen und Parkhäusern Fläche schonen. Dabei werden wir dafür sorgen, dass
997 in urbanen Gebieten ganz auf Stellplätze verzichtet werden kann und senken durch
998 bedarfsgerechte Vorgabe von Stellplätzen die Baukosten.

999 Eine Landgesellschaft für den Naturschutz und die Land- und 1000 Forstwirtschaft

1001 Grund und Boden wird nicht nur für den Siedlungsbau gebraucht. Auch wer Flüsse
1002 renaturieren, Landwirt*innen fördern und eine ökologische Forstwirtschaft
1003 umsetzen will, ist auf die knappe Ressource Boden angewiesen. Was in anderen
1004 Bundesländern schon lange erprobt ist, wollen wir jetzt in NRW realisieren: Mit
1005 einer gemeinnützigen „Landgesellschaft“ können wir Boden für ökologische, aber
1006 auch für agrar- und forststrukturelle Zwecke bevorraten und vergeben. So steuern
1007 wir die Bewirtschaftung unbebauter Flächen und sorgen für eine
1008 gemeinwohlorientierte Nutzung. Um eine auf sozialökologische Belange abgewogene
1009 Grundstücksvergabe zu gewährleisten, schaffen wir eine solide gesetzliche

- 1010 Grundlage zur Bestimmung der Gemeinwohlkriterien und installieren ein
1011 unabhängiges und fachübergreifendes Aufsichtsgremium.